

Trotz Makeln: Bürgerliches Lob für Gehrers Rechnung

Der St. Galler Kantonsrat hat die Rechnung 2013 diskutiert und klar genehmigt. Auch ein Beitrag von 30 000 Franken an den WWF aus dem Lotteriefonds kam durch – gegen den Willen von SVP und FDP.

Von Pascal Büsser

St. Gallen. – Mit 110 zu 2 Stimmen genehmigte der Rat die Kantonsrechnung 2013 am Ende deutlich. Diese hatte um rund 100 Mio. Franken besser abgeschlossen, als budgetiert. Unter anderem dank höherer Steuereinnahmen, wie Finanzminister Martin Gehrler erklärte. Zudem würden die Sparpakete und die Steuererhöhungen nun ihre Wirkung entfalten.

SVP scheidet mit Antrag

Die bürgerliche Ratsmehrheit nahm die Verbesserung mit Zufriedenheit zur Kenntnis. Die Redner betonten aber gleichzeitig, dass das gute Ergebnis mit einem Ertragsüberschuss von 73 Mio. Franken nur dank dem Bezug

von Reserven möglich wurde. Angesichts des unerwarteten Überschusses beantragte Marianne Steiner (SVP, Kaltbrunn), auf den budgetierten Vorbezug von 30,6 Millionen aus dem besonderen Eigenkapital zu verzichten.

Der Rat lehnte dies mit 29 zu 76 Stimmen ab. Der Betrag wird nun faktisch als Teil des Ertragsüberschusses ins freie Eigenkapital verschoben. Die Reserven des Kantons belaufen sich per Ende 2013 auf 684 Mio. Franken.

Linke kritisieren Schwarzmalerei

Die bürgerliche Mehrheit sieht eine strikte Ausgabendisziplin weiterhin als Gebot der Stunde. Die SP/Grüne-Fraktion kritisierte dagegen, dass die Regierung übervorsichtig budgetiere. Als Folge dieses Zweckpessimismus könne nur noch verwaltet und kaum mehr investiert werden. Der Staat werde ausgehungert. Gleichwohl stimmten auch SP-Grüne der Rechnung zu.

Finanzdirektor Martin Gehrler wehrte sich gegen den Vorwurf der Schwarzmalerei. Die Abweichungen zum Budget habe es nicht gegeben, um den Handlungsdruck zu erhöhen.

Man könne sich zwar fragen, ob man die Erträge künftig optimistischer veranschlagen solle. Auf's Hoffnungsprinzip könne man aber nicht abstellen.

Debatte pro und kontra WWF

Erstaunlich viel zu reden gab im Rat ein Lotteriefonds-Beitrag von überschaubaren 30 000 Franken an den WWF Ostschweiz.

Das Projekt «Wiesenmeisterschaft 2015-2017» sieht die Prämierung der schönsten Blumenwiese in drei wechselnden Regionen vor, darunter See-Gaster. Dies als Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt.

Mit 63 zu 44 Stimmen stimmte der Rat dem Beitrag schliesslich zu – gegen den Willen von FDP und SVP.

In die Debatte mischten sich grundsätzliche Missmutsäusserungen gegen den WWF – und dessen «Missbrauch» des Verbandsbeschwerderechts.

Insgesamt verteilt der Kanton rund vier Mio. Franken aus dem Lotteriefonds. Den grössten Beitrag in der Höhe von 750 000 Franken erhält Knies Kinderzoo in für den Bau des Elefantentparks Himmapan. 22 000 Franken

gibt es zudem für die denkmalschützerische Renovation des Wohnhauses Kluggasse 19 in Rapperswil-Jona.

Steiner kommt durch, Rickert nicht

Behandelt wurden am zweiten Tag der Juni-Session auch diverse Vorstösse. So hat der Rat unter anderem:

- die Regierung beauftragt, eine Bilanz über das Fremdsprachenkonzept auf der Primarstufe abzuliefern;
- eine abgeänderte Motion von Marianne Steiner (SVP, Kaltbrunn) gutgeheissen. Dieses verlangt, dass Referendumsvorlagen künftig so terminiert werden, dass das Sammeln von Unterschriften nicht in die Ferienzeit fällt;
- ein Postulat von Nils Rickert (GLP, Rapperswil-Jona) abgelehnt, dass von der Regierung einen Bericht zur künftigen Kooperationsstrategie des Spital Linth in Uznach forderte;
- eine Motion der SP/Grüne-Fraktion zur St. Galler Kantonalbank abgelehnt. Diese wollte, dass der Kanton als Mehrheitsaktionär Vorschriften für eine umfassende Weissgeldstrategie und die Eingrenzung der Tätigkeit auf den Heimmarkt erlässt.

Die Stadt radelt einen Monat lang zur Arbeit

In Rapperswil-Jona ist bei der Stadt die Aktion «Bike to work» gestartet worden. Die Mitarbeitenden radeln, wie in vielen anderen Betrieben der Schweiz, den ganzen Monat Juni zur Arbeit, wollen fit und umweltfreundlich sein.

Rapperswil-Jona. – Zusammen mit unzähligen anderen Betrieben beteiligen sich die Mitarbeitenden der Stadt an der nationalen Aktion «Bike to work», teilt der Stadtrat Rapperswil-Jona mit. Die rund 100 Teilnehmenden bilden Vierer-Teams und fahren während des ganzen Monats Juni so oft wie möglich mit dem Velo oder kommen zu Fuss zur Arbeit.

Je mehr Kilometer sie zurücklegen, desto grösser ist ihr Beitrag zum Klimaschutz. Wer mindestens 50 Prozent des Arbeitswegs mit dem Velo zurücklegt, hat Chancen auf einen der zahlreichen Wettbewerbspreise. Mit dieser schweizweiten Aktion wird neben dem Klimaschutz und der Förderung der Gesundheit insbesondere auch der Langsamverkehr begünstigt.

«Mobilitätsverhalten überdenken»

«Wir finden die Aktion sehr passend und innovativ. Wir freuen uns, wenn sich immer mehr Betriebe 'Bike to work' im Sinne der Gesundheit und der Umwelt anschliessen», wird Stadträtin Rahel Würmli in der Mitteilung zitiert. Sie gehört zum Team des Stadtrats und legt im Juni ihren Arbeitsweg auch so oft wie möglich mit dem Velo zurück.

«Die Aktion regt dazu an, das Mobilitätsverhalten zu überdenken, den Arbeitsweg vermehrt gesund und ökologisch zurückzulegen und dabei auch Neues zu entdecken», ist Stadträtin Rahel Würmli überzeugt.

Nach den erfolgreich verlaufenen Aktivitäten in den Vorjahren wird die Aktion auch dieses Jahr von Pro Velo Schweiz organisiert. Die Teilnahme der Stadt sei bereits zur Selbstverständlichkeit geworden. (eing)

Konzerte mit dem Kinderchor Kaltbrunn

Am Wochenende vom 14. und 15. Juni führen der Kinderchor Kaltbrunn und der Kinderchor der Kantonsschule Ausserschwyz ein Konzert mit Werken des britischen Komponisten John Rutter auf: am Samstag, 20.15 Uhr in der Stiftskirche Einsiedeln, am Sonntag, 19 Uhr, in der katholischen Kirche Pfäffikon SZ. Die beiden Chöre gestalten mit namhaften Gesangssolisten und Orchester die «Mass of the Children» und drei weitere Werke dieses wohl bedeutendsten zeitgenössischen Komponisten der Chor- und Kirchenmusik, wird mitgeteilt. (eing)



Lichtblick: Finanzchef Martin Gehrler (CVP) stösst bei der bürgerlichen Kantonsratsmehrheit mit seiner Staatsrechnung mehrheitlich auf Zustimmung. Bild Regina Kühne

Rat vertagt Kopftuch-Debatte

Der St. Galler Kantonsrat hat die Diskussion um ein Kopftuchverbot in der Volksschule vertagt. Der Rat diskutierte gestern die Dringlichkeit einer Interpellation von Mike Egger (SVP, Berneck). Er forderte darin eine Gesetzesgrundlage, die «das Tragen von unziemlicher Bekleidung, demonstrativen Symbolen und Kopfbedeckungen» in der Volksschule untersagt.

Die Interpellation steht in einer ganzen Reihe von Vorstössen aus den Reihen der SVP – aber auch der CVP – in denen es ums Tragen von Kopftüchern oder Burkas geht. Sie sind alle noch nicht beantwortet.

Die Regierung hatte angekündigt, alle Vorstösse in einem Bericht zu behandeln, in dem es um die Grundrechte und die Voraussetzungen für

deren Einschränkungen gehen soll. Darin einfließen sollen auch die Bundesgerichtsurteile zu hängigen Verfahren und ein Bericht des Bundesrates über die Bedeutung religiöser Symbole im öffentlichen Raum.

Mike Egger warf der Regierung vor, sich vor der Verantwortung zu drücken. Er verwies auf die hängigen Fälle zu Kopftuchverboten an Schulen in St. Margrethen und Au-Heerbrugg. Es herrsche grosse Verwirrung und Unsicherheit. Er forderte die Regierung auf, «sich für Schweizer Werte» einzusetzen.

Der Vorstoss sei populistisch, entgegnete Joe Walser (SP, Sargans). Er unterrichte seit 24 Jahren. Kopftücher seien in der Schule kein Problem. Der Rat lehnte die Dringlichkeit mit 68 zu 42 Stimmen ab. (sda)

Suter über Regierung verärgert

Am zweiten Tag der Juni-Session kamen diverse Vorstösse von Parlamentariern zur Debatte. Nicht traktandiert war allerdings jene Interpellation, die den Vertretern des Linthgebiets besonders unter den Nägeln brannte – mit Namen «Faire Standortanalyse für den Kanti-Neubau in der Region Linthgebiet-Toggenburg.»

Obwohl der Vorstoss bereits im Februar eingereicht worden war, steht die Antwort der Regierung noch aus. 14 von 16 Räten aus dem Linthgebiet hatten den Vorstoss unterzeichnet. Ebenso pendent ist eine einfache Anfrage von Karl Brändle (CVP, Bütschwil) zum Kanti-Standortentscheid der Regierung.

Nils Rickert (GLP, Rapperswil-Jona) sprach von einem «Skandal».

«Es ist offensichtlich, dass die Regierung eine Debatte im Rat verhindern wollte.» Yvonne Suter (CVP, Rapperswil-Jona), die Initiatorin der Interpellation, brachte in einer Wortmeldung im Plenum ihre «Verwunderung» darüber zum Ausdruck, dass die Antwort der Regierung noch nicht vorliegt. «Zum einen, weil Ratsmitglieder eigentlich Anspruch darauf hätten, dass Vorstösse innert nützlicher Frist von der Regierung behandelt werden», so Suter.

Andererseits erstaune, dass die Regierung offenbar die Grundlagen für einen Standortentscheid für die nächsten 50 Jahre habe, aber nicht in der Lage sei, eine Interpellation dazu zu beantworten. Sie freue sich aber darauf, die Debatte im Kantonsrat noch nachholen zu können. (pb)

IMPRESSUM

DIE SÜDOSTSCHWEIZ
 Unabhängige schweizerische Tageszeitung mit Regionalausgaben in den Kantonen Graubünden, Glarus, St. Gallen und Schwyz.

Herausgeberin:
 Somedia (Südostschweiz Presse und Print AG)
 Verleger: Hanspeter Lebrument
 CEO: Andrea Masüger
Redaktionsleitung: David Sieber (Chefredaktor), Pieder Caminada, René Mehrmann (Stv. Chefredaktoren), Reto Furter (Leiter Region Graubünden), Rolf Hösli (Redaktion Glarus), Patrick Nigg (Überregionales), Thomas Senn (Redaktion Gaster/See), René Weber (Sport)
Abo-/Zustellservice: Somedia, Zürcherstrasse 45, 8730 Uznach, Tel. 0844 226 226, Fax 081 255 51 10, E-Mail: abo@somedia.ch
Inserate: Somedia Promotion

Verbreitete Auflage (Südostschweiz Gesamt):
 81 786 Exemplare (Verlagsangaben)
Reichweite:
 164 000 Leser (MACH-Basic 2014-1)
 Erscheint siebenmal wöchentlich

Adresse: Die Südostschweiz, Zürcherstrasse 45, 8730 Uznach, Telefon 055 285 91 00, Fax 055 285 91 11.
E-Mail: Redaktion Gaster und See: redaktion-ga@suedostschweiz.ch; Redaktion Online: redaktion-online@suedostschweiz.ch.
 Ein ausführliches Impressum erscheint in der Samstagausgabe
 © Somedia